

Bekehrungsjubiläum. Herr Oberlehrer Hamann von der Bürgererschule hier selbst feiert am Montag sein 40jähriges Bekehrungsjubiläum.

Schulferien wegen des Kriegsanleiheausfalls. Der Oberlehrer hat in den Marken erlächte folgende Bekanntmachung: „Anlässlich des glänzenden Ausfalls der achten Kriegsanleihe bestimme ich hiermit, daß in Berlin und der Provinz Brandenburg am Montag, 29. April, der Unterricht in allen Schulen ausfällt. Die Schulkinder sind entweder am Sonnabend bei Schluss des Unterrichts oder am Dienstag bei Beginn des Unterrichts auf die Bedeutung des Erfolges der Kriegsanleihe hinzuweisen. Am Montag sind die Kinder nicht in den Schulen zu versammeln.“ — Die Berliner Kinder haben es aber nicht, werden da neidisch unsere Schulkinder sagen!

Zahl die Brandfassenbeiträge! An die sofortige Erfüllung der am 1. April d. J. fälligen gemeinsamen Brandfassenbeiträge für den diesjährigen 1. Termin wird erinnert, da in den allernächsten Tagen mit dem Beibringungsverfahren begonnen wird. Quittung erfolgt nur auf den zugestellten Steuerzetteln.

Fleischlose Wochen bevorstehend. In der Besprechung Ernährungsfragen im Preussischen Abgeordnetenhaus ist die Abg. von Kessel, unser Viehstand mache die baldige Einführung fleischloser Wochen nötig. Der Redner, ebenso wie folgende Redner wandten sich gegen die zahllosen Verordnungen, die sogar den arbeitslosen Bauern verdrängen und die Autorität der Regierung schädigen.

Nochmals unsere Brotration. In der Sitzung des Ernährungsbeirates des Reichstages, die gestern unter dem Staatssekretär von Waldow tagte, wurde die Frage besprochen, ob am Schlusse des Wirtschaftsjahres eine Kürzung der Brotration eintreten müsse. Nach eingehenden Referaten des Leiters der Reichsgetreidestelle, unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt von Braun, und an den wirtschaftlichen Verhandlungen in Kiew teilgenommen hat, wurde Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die Frage zur Zeit noch zu ungeklärt ist, um eine einschneidende Maßnahme zu beschließen, die sich möglicherweise später als unnötig erweisen könnte. Es solle daher abgewartet werden, wie sich die Abwicklung der Getreidezufuhr aus der Ukraine in der nächsten Zeit vollzieht. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um die von der Ukraine vertragsmäßig zugesicherten Getreidemengen, die ausreichen würden, um zusammen mit den eigenen Beständen der Reichsgetreidestelle unsere Brotversorgung bis zum Schlusse des Erntejahres sichergestellt zu machen. Einige Transporte sind bereits angetroffen. Die Entwicklung in den nächsten Wochen wird volle Klarheit bringen.

Die Schwerarbeiterzulagen. Anlässlich der Besprechung der Petition der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände in Berlin betr. die Gewährung von Schwerarbeiterzulagen in der Ersten Sächsl. Kammer führte Ständesekretär Dr. Raumann-Rönigsbrück aus, daß die Zulagen an schwer- und schwerstarbeiter ungerechtfertigt seien, wenn die Rüstungsindustrie zahlen die höchsten Löhne und ihre Arbeiterschaft sei am besten genährt. Er habe Gelegenheit gehabt, sich auf seiner Herrschaft Rönigsbrück als Aufsichtsrat von industriellen Unternehmungen davon zu überzeugen. Er bekräftigte einen Abba u der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen.

Die Wiedergewinnung von Einschreibepatenen sowie eine vereinfachte Zulassung von Wertpapieren ist von dem Staatssekretär des Reichspostamts in Aussicht gestellt worden. In der Bevölkerung wird es dankbar begrüßt werden, denn der Entschädigungsbetrag von 3 Mark für das Pfund einschreibliche Verpackung, den die Postverwaltung bei in Verlust geratenen Sendungen gewährt, reicht in den meisten Fällen nicht entfernt aus, um den Schaden zu ersetzen.

Lotteriegewinne. Bei der gestrigen Ziehung der 5. Kl. der Sächsl. Landeslotterie wurden folgende höhere Gewinne gezogen: Gewinne zu 1000 Mark: 4176 4905 6551 11437 1323 13356 15897 16220 18781 18709 19163 21315 2801 30580 30661 31721 38464 39632 40212 43686 4307 44523 44416 45780 48744 50069 52485 56241 6062 57792 57529 57698 68220 68195 68996 72570 2548 74799 75531 80771 82551 82045 85574 85063 2832 97862 102979 102611 103379 103988 104558 04103 106214 107547. Gewinne zu 2000 Mark: 10068 5395 33134 34814 38311 38707 41194 42866 43615 3884 47223 47058 53929 55886 58272 60935 63312 1907 77346 82861 92249 107287. Gewinne zu 3000 Mark: 79 635 2931 8654 9890 10474 12196 16000 19214 2117 21990 30351 32893 39555 40737 43258 52848 6849 61588 63530 65523 68801 69789 71752 79940 8950 96977 98719 100179 100457 106913 109463. 1000 Mark auf Nr. 20763 48081 63110. 15000 Mark auf Nr. 71096.

Bevorstehende Regelung des Verkehrs mit Holzschuhen. Bisher waren geschlossene Holzschuhe (sogenannte Klumpen), die ohne Spange oder Rissen in den Verkauf gebracht wurden, unter Preisbeschränkung nicht unterworfen. Dies führte zu erheblichen Preissteigerungen, wodurch die Versorgung der Bevölkerung mit Holzschuhen gefährdet wurde. Wie wir hören, beabsichtigt die Reichsstelle für Schuhversorgung nunmehr, auch die Klumpen in allen Fällen den Richtsätzen der Reichskommission für Schuhwarenpreise zu unterstellen und damit die übermäßige Preissteigerung zu unterbinden. Auch bei sonstigem Schuhwerk, das ganz aus Holz besteht und somit nicht der Prüfung des Ueberwachungsamtes der Schuhindustrie unterliegt, hatten sich schwere Mißstände gezeigt. Sehr viele ungewöhnliche Erzeugnisse, namentlich Sandalen, waren in den Verkehr gebracht worden, teilweise auch noch zu übertrieben hohen Preisen. Auch hier beabsichtigt dem Vernehmen nach die Reichsstelle für Schuhversorgung einzugreifen und nur noch solches Holzschuhwerk für den Verkehr zuzulassen, das einem von der Reichsstelle für Schuhversorgung genehmigten Muster entspricht. Mit der Genehmigung, die auch für bereits hergestellte Ware gefordert werden wird, sollen gleichzeitig die Verkaufspreise festgesetzt werden. Da die neuen Bestimmungen, deren Veröffentlichung wohl in Kürze erwartet werden darf, den Zweck verfolgen, die

Bevölkerung vor ungeeignetem und übermäßig teurem Holzschuhwerk zu bewahren, wird man ihr Erscheinen in weiten Kreisen warm begrüßen.

Zur Metallbeschlagnahme. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, „dahin zu wirken, 1. daß die Grundzüge für die Enteignung von Metallgegenständen in Wohnhäusern und Haushalten in der Richtung geändert werden, daß a) notwendige Metallgegenstände, wie Türklinen, Fenstergriffe usw. nicht fortgenommen werden, ohne daß gleichzeitig für Anbringung geeigneter Ersatzgegenstände gesorgt wird, b) die Eigentümer nicht nach Maßgabe des bloßen Metallwertes, sondern — entsprechend den allgemeinen Grundregeln bei Entschädigung für zur Sicherstellung des Kriegsbedarfes enteignete Gegenstände — nach Maßgabe des wirklichen Preises des abgetretenen Gegenstandes entschädigt werden, c) den Eigentümern gestattet wird, anstelle der unter die Beschlagnahme fallenden Gegenstände beschlagnahmefreie Gegenstände gleichen Wertes abzuliefern; 2. daß die berat abgeordneten Grundzüge in Kraft treten, bevor die Durchführung der Enteignung fortgesetzt wird und bis zu diesem Zeitpunkt die bereits begonnene Durchführung ausgesetzt wird.“

Keine Leichenüberführung aus dem Felde. In Gemäßheit von Verfügungen der Kriegsministerien in Berlin und Wien können Leichenüberführungen Gefallener oder im Felde Verstorbener in die Heimat bis auf weiteres nicht gestattet werden. Anlaß zu dieser Maßnahme geben die augenblickliche militärische Lage, die Beförderungsschwierigkeiten auf allen Eisenbahnen und (während der Sommermonate) Gesundheitsrückichten Ueberführungsgefahr; deshalb grundsätzlich, auch wenn sie an die Kriegsministerien gerichtet sind, abgelehnt werden.

Die Gefahren militärischer Gefangenentransporte. Vom Abg. Landsberg ist folgende Anfrage im Reichstage eingebracht worden: Am 17. April d. J. hat in Magdeburg ein Soldat auf der Straße durch Schüsse, die er auf den ihm entwichenen Militärgefangenen abgab, zwei spielende Kinder verletzt, von denen das eine an den Folgen der Verwundung gestorben ist. Was gedenkt der Herr Reichstagskanzler zu tun, um die militärischen Stellen zu veranlassen, die vom preussischen Kriegsministerium bereits am 15. März d. J. in Aussicht gestellte Abänderung der Bestimmungen über den Transport festgenommener Militärpersonen so rasch durchzuführen, daß Leben und Gesundheit der Bevölkerung durch den Gebrauch von Schusswaffen innerhalb der Ortschaften nicht mehr gefährdet werden?

Neue Heilstätte. Eine Heil- und Heimstätte für kriegsbeschädigte Tuberkulöse wird am 1. Mai in der Landesanstalt Zschadraß (Amtshauptmannschaft Grimma) eröffnet werden. Die Anstalt verfügt über einige erst kurz vor dem Ausbruch der Kämpfe errichtete Krankenhäuser, die allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechen. Das eine von diesen Gebäuden, das für 120 Betten Platz hat, soll jetzt der neuen Heil- und Heimstätte Unterkunft bieten. Die ärztliche Leitung liegt in den Händen eines in der Tuberkulosebekämpfung erfahrenen Arztes. Das Pflegepersonal wird vom staatlichen Schwesternhaus gestellt. Langjährige Erfahrungen der Landesanstalt haben schon früher gezeigt, daß das Klima von Zschadraß für die erfolgreiche Behandlung der Tuberkulose besonders günstig ist.

Löhnig. 25. April. Rentier Hermann Gerber in Maschwitz b. Dresden, der Begründer der hiesigen Schuhfabrik Gerber u. Müller, hat neuerdings 5000 M. zur Verteilung an solche Krieger des Löhniger Kirchspiels gestiftet, die sich im gegenwärtigen Weltkriege durch besonders hervorragende Tapferkeit hervorgetan haben. Insgesamt hat er nunmehr zu diesem Zwecke 13000 M. zur Verfügung gestellt, wovon bisher in 7 Fällen je 1000 M. und in einem Falle 500 M. ausgezahlt werden konnten.

Sartenstein. 25. April. Ein hiesiger 20jähriger Geschäftsgeselle ist auf dem Wege nach Raum in der Nähe des fürstlichen Steinbruchs von zwei Unbekannten angefallen und seiner Wertschaft von etwa 5 M. beraubt worden, wobei er mit Erschießen bedroht und mißhandelt wurde. Von den beiden Unbekannten soll der eine etwa 40, der andere ungefähr 15 Jahre alt sein. — Aus dem im Gutshofe befindlichen verschlossenen Keller des Rittergutes Stein sind nachts 5 bis 7 Zentner Kartoffeln gestohlen worden.

Lauter. 26. April. Am Mittwoch fand die Hauptversammlung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft statt. Die Versammlung wurde vom Kammerat Hermann geleitet. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Einwirkungen des Krieges dieses gemeinnützige Unternehmen in seiner finanziellen Grundlage nicht haben erschüttern können. Die Nachfrage nach Wohnungen war eine sehr rege, sodaß sämtliche Häuser das ganze Jahr hindurch voll vermietet werden konnten. Der auch in Lauter herrschende Wohnungsmangel läßt die restlose Bedienung des noch offenen Baugeländes der Baugenossenschaft erforderlich erscheinen, aber die enorme Verteuerung des Geldes, die riesige Preissteigerung der Baumaterialien, sowie die bedeutende Erhöhung der Arbeitslöhne legen zurzeit noch Zurückhaltung im Bauen auf. Trotzdem sollen aber alle Vorarbeiten, für die Errichtung von neuen Wohnhäusern schon jetzt in Angriff genommen werden. Die Auslichten für die Gemeinnützige Baugenossenschaft sind als ungünstig nicht zu bezeichnen, obwohl größere finanzielle Anforderungen als bisher an die Genossenschaft gestellt werden müssen, da sich die seit Ausbruch des Krieges immer hinausgeschobenen größeren Reparaturen nicht weiter aufschieben lassen. Aus diesem Grunde muß auch eine Erhöhung der Mietzinsen, welche bisher als mäßig bezeichnet werden konnten, eintreten. Der Jahresabschluss 1917 weist einen Reingewinn von M. 170,50 aus, wovon 8 1/2 v. H. Dividende gleich M. 985 ausgeschüttet werden. Der Rest von M. 185 wird dem gesetzlichen Reservefonds überwiesen. Die sachgemäß auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Kammerat Hermann und Prokurist Emil Kellner, wurden wieder gewählt.

Grünstädel. 25. April. Zur 8. Kriegsanleihe wurden von der hiesigen Volksschule 7033 Mark gezeichnet.

Eisenstad. 25. April. Die Gemeinde Einkommensteuer wird für das laufende Rechnungsjahr wieder mit 200 v. H. vom Normalsteuersatz erhoben.

Letzte Drahtnachrichten.

Zur Kriesschlacht im Westen.

Berlin, 26. April. Mit frisch herangeführten Kräften unternimmt der Feind seit der letzten Nacht Gegenstoß auf Gegenstoß in der Gegend von Hangard, um das verlorene Gelände zurückzugewinnen. Unter schweren blutigen Verlusten erkämpfte er sich einen schmalen Streifen Boden, jedoch ohne sein Ziel, die verlorenen alten Stellungen, erreichen zu können. Westlich Hangard und am Westende des Waldes von Hangard haben sich die Feinde der gefallenen Granatosen, im nördlichen Teile des Kampffeldes die der Engländer angehängt. Nachdem heute sich das Wetter aufgeklärt hatte, versuchte die feindliche Artillerie, den Kampf mit den deutschen Batterien auszunehmen. Sie vermochte sich jedoch nicht durchzusetzen und die Ueberlegenheit zu gewinnen. Unser Feuer antwortete kräftig und mit beobachteter guter Wirkung.

Berlin, 26. April. Laut Stampa vom 21. April sollte die wichtige Kammelferg-Stellung bis zum äußersten verteidigt werden. Die Entente hatte hierzu die umfassendsten Maßnahmen getroffen. Geschütze aller Kaliber waren in diesem Abschnitt in Stellung gebracht. Herbeigeleitete englische Batterien hatten in Gewaltmärschen 75 Meilen in 2 Tagen zurückgelegt. Auch die starke Unterstützung der Franzosen, die im Laufe der letzten Tage immer größere Teile ihrer besten Truppen auf Englands Hilferufe nach Flandern befordern mußten, konnten die neue schwere Niederlage abwenden.

Reichssteuern und Bundesstaaten.

München, 26. April. In der Kammer der Abgeordneten richtete heute der Abg. Sped. (Centr.) eine Anfrage an die Regierung, in welcher er Ausschluß darüber verlangte, was die Regierung zu tun gedenke, um die immer größer werdende Gefahr eines weitgehenden Eingreifens des Reiches in das Gebiet der direkten Besteuerung, namentlich der Einkommen- und Vermögensbesteuerung, abzuwehren. Staatsrat von Merkl gab darauf die Erklärung ab, daß die bayerische Staatsregierung auch heute auf dem Standpunkt steht, daß jeder weitere Eingriff der Reichsregierung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen und Einkommen vermieden werden und so den Bundesstaaten die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden, ungeschmälert erhalten bleiben muß. Die Staatsregierung hat wiederholt Klar zu erkennen gegeben, daß die Bundesstaaten auf die ihnen bisher vorbehaltenen direkten Steuern weder ganz noch teilweise verzichten können. Diesen Standpunkt wird die Staatsregierung auch fernerhin in Uebereinstimmung mit allen anderen Bundesstaaten unentwegt und nachdrücklich vertreten.

Kühlmann in Wien und Bukarest.

Wien, 26. April. Der deutsche Staatssekretär Dr. von Kühlmann traf heute vormittag in Wien ein. Mittags erschien er im Auswärtigen Amt, um den Minister des Äußeren Baron Burian und den früheren Minister Graf Czernin zu besuchen. Dann fand auf der deutschen Botschaft ein Frühstück statt.

Wien, 26. April. Minister des Äußeren Baron Burian und Staatssekretär von Kühlmann reisten abends nach Bukarest.

Deutschland und Holland.

Amsterdam, 26. April. Allgemeines Handelsblatt schreibt: Der Bericht unseres Berliner Korrespondenten über die Erwartung der dortigen Kreise, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland günstig verlaufen werden, gibt uns Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen. Die Meldung über die Wagnahme, welche unsere Heeresverwaltung getroffen hat, braucht keine Beurteilung hervorzurufen. Neue Urlaube werden nicht gewährt werden. Es darf aber als ein sehr gutes Zeichen angesehen werden, daß die bereits erteilten Urlaube nicht eingezogen worden sind. Die Eingliederung der Urlaube würde auch nur bedeuten, daß man auf alle denkbaren Ereignisse gefaßt sei. Im allgemeinen scheint man das auch in Deutschland so anzusehen.

Unsere Gesandtschaft in Moskau.

Berlin, 25. April. Die unter Führung des kaiserlichen Gesandten Grafen Mirbach nach Moskau abgegangene deutsche Delegation ist in Moskau eingetroffen.

Die Kämpfe in der Ukraine.

Moskau, 21. April. (Reuter.) Unklar wird mitgeteilt, daß der ukrainisch-deutsche Vormarsch gegen Kursk fortgesetzt wird. Die Eisenbahn ist besetzt.

Englands Appell an Indien.

Simla, 18. April. (Reuter.) Der Vizekönig Lord Chelmsford hat eine Zusammenkunft der Vertreter ganz Indiens in Delhi vom 27. d. M. bis 29. April beschloffen. Zweck der Zusammenkunft ist die Herbeiführung eines Zusammenwirkens aller Kräfte in den strittigen Fragen der inneren Politik und Sicherung aktiver Unterstützung aller Bevölkerungsteile, besonders bei der Ausübung von Pflichten, sowie die Entwicklung aller für den Krieg erforderlichen Kräfte. Wilem Ansehen nach wird Indien seine Kräfte energisch zusammenfassen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selmann. - Druck und Verlag: Neue Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H.